



Freia De Bock, Nico Dragano, Joseph Kuhn, Svenja Matusall, Peter von Philipsborn

Vorrang für Verhältnisprävention

Workshop 60

Bereits zum zweiten Mal beteiligte sich das Zukunftsforum Public Health am Kongress „Armut und Gesundheit“ mit einem Workshop. Nachdem im letzten Jahr die Vorstellung des Zukunftsforums selbst im Vordergrund stand, lud das Zukunftsforum in diesem Jahr zu einer Diskussion über Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Grenzen von Verhältnisprävention ein.

Die Grundlage des Workshops bildete die Handreichung „Vorrang für Verhältnisprävention“, die aus der Steuerungsgruppe des Zukunftsforums im Dezember 2017 veröffentlicht wurde (De Bock et al. 2017). In dieser Handreichung werden Defizite der Verhältnisprävention in Deutschland analysiert und der Deutsche Bundestag aufgefordert, eine Enquete-Kommission „Prävention in Deutschland“ einzurichten.

Nachdem Nico Dragano, Professor für Medizinische Soziologie am Universitätsklinikum Düsseldorf, der den Workshop moderierte, die Handreichung vorgestellt hatte, beleuchteten fünf Referentinnen und Referenten in Kurzvorträgen verschiedene Aspekte der Debatte.

Peter von Philipsborn, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medizinische Informationsverarbeitung, Biometrie, und Epidemiologie der Ludwig-Maximilians-Universität München, stellte zunächst vor, was die im neuen Bundestag vertretenen Parteien zum Thema Prävention in ihren Wahlprogrammen versprochen haben. Tatsächlich gehen alle Parteien in ihren Wahlprogrammen direkt oder indirekt auf das Thema Primärprävention ein, wenn auch in deutlich unterschiedlichem Ausmaß und mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Breite Unterstützung findet die Förderung des Breitensports und des Radverkehrs, wohingegen sich in den Bereichen Ernährung, Tabakkonsum und Alkoholkonsum vorrangig Grüne, SPD und Linke mit konkreten Vorschlägen positionieren. Auch der Koalitionsvertrag sieht eine Reihe an Maßnahmen zur Stärkung der Verhältnisprävention vor, bleibt an vielen Stellen aber vage, so dass viel von der Auslegung, Konkretisierung und Umsetzung abhängen wird.

Ulrich John, Direktor des Instituts für Sozialmedizin und Prävention der Universitätsmedizin Greifswald, diskutierte die Evidenz für die Wirkung von Steuern auf gesundheitsriskantes Verhalten. Er hob hervor, dass für Tabak und Alkohol die Wirksamkeit nicht nur von Steuererhöhungen, sondern auch von weiteren Maßnahmen (sowohl Regulierungen als auch Unterstützung bei Ausstieg und Reduktion) gut belegt ist. Allerdings wurde in seinem Beitrag auch deutlich, dass wirksame verhältnispräventive Maßnahmen nur umgesetzt werden können, wenn Public Health gestärkt wird



ARMUT UND GESUNDHEIT 2018

Der Public Health-Kongress in Deutschland

Dienstag und Mittwoch,
20. und 21. März 2018
an der TU Berlin

und sich Interessengruppen zusammenschließen, damit der nötige gesellschaftliche Handlungsdruck entsteht.

Heike Köckler, Dekanin des Departments of Community Health der Hochschule für Gesundheit Bochum, präsentierte die Möglichkeiten kommunaler Akteure für Verhältnisprävention jenseits des Sozialgesetzbuches (SGB). Sie betonte, dass Gesundheitsförderung im Sinne des Ansatzes „Health in All Policies“ in allen Politikfeldern von der Stadtentwicklung über Jugendhilfe- und Bildungsplanung zu Sozialplanung und darüber hinaus verankert werden müsste. Dies geschieht jedoch nur selten, da die entsprechenden Stellen zu wenig miteinander vernetzt sind. Zudem fehlt es den relevanten AkteurInnen anderer Ressorts häufig an gesundheitsbezogenem Wissen bzw. den AkteurInnen des Gesundheitswesens an Policy-Wissen, bspw. im Bereich der Stadtplanung. Sie schlug vor, z.B. in der Stadtentwicklung Health Impact Assessments sowie das bevölkerungsbezogene Vulnerabilitätsprinzip zu implementieren.

Bettina Schmidt, Professorin am Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Diakonie an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe, stellte fest, dass Verhaltensprävention soziale Ungleichheit eher verschärft als abschwächt, da sie den Lebenswirklichkeiten von Menschen aus höheren Soziallagen deutlich stärker als jenen von Menschen aus niedrigen Soziallagen entspricht. Ein präventiv orientiertes Verhalten kann zum Distinktionsmerkmal werden und das Ideal der Leistungsgesellschaft befördern. Dagegen sind sozial Benachteiligte häufig darauf angewiesen, dass ungesunde Lebensbedingungen kompensiert werden. Sie forderte daher eine inklusive Gesundheitsförderung.

Abschließend erörterte Raimund Geene, Professor für kindliche Entwicklung und Gesundheit an der Hochschule Magdeburg-Stendal, die Möglichkeit einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zu „Prävention in Deutschland“. Um Erfolg zu haben, müsste eine solche Enquete-Kommission eine klar umrissene Fragestellung haben, z.B. die Prüfung der Umsetzung des Präventionsgesetzes. Er vermutete aber auch, dass der politische Wille zu Enquete-Kommissionen im allgemeinen und zu einer Kommission zum Thema Prävention im Besonderen nicht stark ausgeprägt ist und forderte daher dazu auf, alternative Maßnahmen, die die Umsetzung des Präventionsgesetzes begleiten und Prävention fördern, nicht aus dem Blick zu verlieren.

Nico Dragano eröffnete die Diskussion mit einer Abstimmung über die Frage, ob das Publikum eine Enquete-Kommission zum Präventionsgesetz wünscht. Eine sehr große Mehrheit stimmte für eine solche Kommission. In der sich anschließenden Diskussion wurde das Bild jedoch differenzierter. Aus der Sicht der rund 100 Zuhörerinnen und Zuhörer sprach für eine Kommission, dass durch sie der Druck für eine gut gemachte Verhältnisprävention aufrechterhalten werden kann. Zudem wurde grundsätzlich von fast allen die Einschätzung geteilt, dass die bisherige Struktur mit ihrer Sozialversicherungslogik verbesserungswürdig ist und keinen guten Rahmen für Verhältnisprävention bietet. Die Initiative für eine Enquete-Kommission könnte Impulse und Ideen für eine echte Weiterentwicklung geben. Gegen eine Enquete-Kommission sprachen aus Sicht



ARMUT UND GESUNDHEIT 2018

Der Public Health-Kongress in Deutschland

Dienstag und Mittwoch,
20. und 21. März 2018
an der TU Berlin

einiger Teilnehmerinnen und Teilnehmer insbesondere die geringen Erfolgsaussichten. Auch eine Verengung auf das Thema „Präventionsgesetz“ wurde kritisch gesehen und es wurde vorgeschlagen, eine Enquete-Kommission eher mit einem breiteren Thema wie der Implementation des Ansatzes von „Health in All Policies“ zu beauftragen. Zudem wurden Bedenken geäußert, dass der Aufwand hoch sei. Die Zeit könne man besser nutzen, indem andere, bereits bestehende Kanäle und Möglichkeiten konsequenter genutzt würden, um das inhaltliche Anliegen der Förderung der Verhältnisprävention zu transportieren. Zudem wurde angemerkt, dass eine Enquete-Kommission zwar einen Dialog zwischen Wissenschaft und interessierter Fachpolitik ermögliche, aber nur bedingt geeignet sei, politischen Handlungsdruck aufzubauen und den Widerstand von wirtschaftlichen Lobbygruppen zu überwinden. Schließlich wurde noch der Vorwurf geäußert, dass eine Enquete „Expertokratie“ fördere, indem nicht gewählte und repräsentativ ausgewählte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Politik steuern wollen.

Bei einer erneuten Abstimmung zum Abschluss des Workshops stimmten etwas mehr Personen als zuvor gegen eine Enquete-Kommission, auch wenn weiterhin eine Mehrheit dafür war. Die Diskussion darum, wie die Prävention in Deutschland inklusiv, verhältnisorientiert und sektorenübergreifend in Richtung Health in All Policies weiterentwickelt werden kann, ist erkennbar noch nicht abgeschlossen. Eine Enquete-Kommission wäre dazu ein Mittel neben anderen Optionen.

Kontakt

Dr. Svenja Matusall

Zukunftsforum Public Health

Kontakt

c/o Robert Koch-Institut

General-Pape-Str. 62-66

12101 Berlin

030 18754 2989

zukunftsforum@rki.de

www.zukunftsforum-public-health.de